



Tübingen, 13.01.2018

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen von der SPD,

die Spitzenvertreter von SPD und CDU/CSU haben am 12.01.2018 das Ergebnis ihrer Sondierungsgespräche veröffentlicht.

Wir haben mit Entsetzen festgestellt, dass beim Thema "Migration und Integration" nahezu ausschließlich die flüchtlings- und integrationsfeindlichen Positionen der CSU ("Obergrenze", Sammellager usw.) Eingang gefunden haben - in noch krasserer Form als vorher befürchtet. Eine "sozialdemokratische" Handschrift ist dort für uns nicht erkennbar. Die Menschenrechte von Flüchtenden und Geflüchteten sollen vielmehr noch weiter ausgehebelt werden als bisher.

Wir möchten Sie, als Vertreter der Parteibasis, und als lokale, regionale und überregionale Funktions- und Mandatsträger der SPD dringend dazu aufrufen, ihrer Parteispitze keinen Auftrag zur Bildung einer Regierungskoalition mit CDU/CSU zu erteilen, solange bei diesem Thema nicht gravierende Nachbesserungen und Änderungen erfolgen.

Wir möchten Sie auch dazu auffordern, in den nun beginnenden innerparteilichen Diskussionen zu den Sondierungsergebnissen die folgenden Punkte kritisch zu thematisieren:

"Zuwanderung"

Wir vermissen bei dem Bekenntnis der Sondierenden zum Recht auf Asyl laut Grundgesetz und Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) das zusätzliche ausdrückliche Bekenntnis zur

Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), auf deren Grundlage bisher ebenfalls viele Geflüchtete, die die entsprechenden Kriterien erfüllt haben, ein Aufenthaltsrecht in Deutschland (z.B. über nationale Abschiebeverbote) erhalten konnten.

Bitte fragen Sie kritisch nach, warum die EMRK in diesem Passus bewusst keine Erwähnung findet, und warum stattdessen lediglich die (ohnehin selbstverständliche!) Verpflichtung erwähnt wird, nach EU-Recht jeden Asylantrag zu bearbeiten.

Wir erkennen einen deutlichen Widerspruch zwischen der Parole "Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge" und den weiter unten in den Sondierungsergebnissen aufgeführten Plänen, die europäischen Außengrenzen noch weitgehender hochzurüsten und abzuschotten als bisher und Frontex zu einer gesamteuropäischen paramilitärischen Flüchtlingsjägertruppe auszubauen.

Menschen, denen lediglich die "Wahl" gelassen wird in ihren Herkunftsländern ermordet zu werden oder zu verhungern, oder als Arbeitssklaven in Libyen, der Türkei oder anderen EU-Anrainerstaaten zu enden werden sich ungeachtet aller Mauern, Zäune und Schießbefehle auch zukünftig immer wieder auf den Weg in eine sicherere Zukunft innerhalb der EU machen.

In der Konsequenz werden die in den Sondierungsergebnissen postulierten Maßnahmen zum "effektiveren Schutz" der EU-Außengrenzen nicht zu weniger, sondern zu mehr Toten an diesen Außengrenzen führen, und zu einer noch größeren Mitbeteiligung und -verantwortung der EU und Deutschlands an diesen vermeidbaren Todesfällen.

Ein paritätisches europaweites Verteilsystem für Geflüchtete sehen wir angesichts der migrantenfeindlichen Haltung verschiedener EU-Länder für die absehbare Zukunft als unrealistisch und - angesichts der menschenrechtswidrigen Bedingungen, unter denen Geflüchtete in manchen EU-Ländern wie Ungarn oder Bulgarien dahinvegetieren müssen - auch nicht als unbedingt erstrebenswert an.

Als wirtschaftlich stärkster Staat in der EU wird Deutschland auch in Zukunft das Zielland Nr. 1 für eine vergleichsweise größere Anzahl Geflüchteter bleiben. Diese Tatsache gilt es nach nunmehr über zwei Jahren Flüchtlings- und Verwaltungs"krise" endlich zu akzeptieren und die dafür zukünftig notwendigen

humanen Aufnahme- und Integrationsbedingungen hier bei uns zu schaffen und weiter zu verbessern.

Faktisch hat die CSU in den Sondierungen ihre Vorstellungen von einer "Obergrenze" für Geflüchtete durchgesetzt. Aus guten Gründen hat sich die SPD dieser Obergrenze bisher verweigert. Wir fordern Sie auf, jetzt nicht aus machttaktischen Gründen umzufallen. Als VertreterInnen eines aufgeklärten, humanistischen und solidarischen Europas dürfen wir und Sie nicht zulassen, dass sich Deutschland (auch mit der postulierten Aufrechnung von Familiennachzug, Resettlement und Relocation innerhalb der EU) auf das menschenrechtliche Niveau von Ländern wie Ungarn oder Trump's Amerika begibt.

"Familiennachzug"

Für besonders zynisch halten wir die geplanten Neuregelungen beim Familiennachzug. Faktisch soll der Familiennachzug für Menschen mit subsidiärem Schutz ersatzlos abgeschafft werden. Die im Sondierungspapier propagierte Ersatzregelung ist ein schlechter Witz: 1000 Menschen, die aus "humanitären Gründen" maximal monatlich zu bereits in Deutschland lebenden Menschen nachziehen dürfen sollen - und was dann überhaupt noch als "humanitärer Grund" gilt darf vermutlich auch die CSU alleine definieren? Statt Rechtssicherheit beim Familiennachzug soll ein Lotteriespiel eingeführt werden. Und dann auch noch zu der Bedingung, dass Deutschland aus der Verteilung von geflüchteten Menschen innerhalb der EU aussteigt. Wie kann sich die Sozialdemokratie auf so eine Regelung einlassen?

Um mit einer (auch von Unionskreisen immer wieder) verbreiteten Falschdarstellung aufzuräumen: Der "subsidiäre Schutz" ist kein minderwertiger Schutzstatus und er beinhaltet nicht automatisch eine definitive "zeitliche Befristung" - mit dem subsidiären Status wird seitens der Asylbehörden zunächst anerkannt, dass der betreffende Geflüchtete zwar keine direkt auf ihn als Individuum zielende Bedrohung erfahren hat, die Situation in seinem Herkunftsland, in den meisten Fällen aufgrund von Kriegen, aber so lebensgefährlich für ihn ist, dass er dorthin nicht zurückgeschickt werden darf.

Im Vergleich zum "richtigen" Flüchtlingsschutz nach Art. 16 GG und GFK werden die Voraussetzungen

beim subsidiären Schutz allerdings in engeren Abständen erneut überprüft. In der Konsequenz werden aber dennoch sehr viele subsidiär Geschützte noch viele Jahre oder gar Jahrzehnte in Deutschland leben.

Wir erleben in unserer täglichen praktischen Arbeit für und mit diesen in Deutschland lebenden Geflüchteten, welches fatale Integrationshemmnis es darstellt, wenn geliebten Menschen und Angehörigen der Kernfamilie ein Nachzug nach Deutschland über Jahre verwehrt bleibt, wie es mit der im März 2018 eigentlich zu beendenden Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte der Fall war.

Gestandene Männer, die an dieser staatlich verordneten Trennung von ihrer Familie psychisch zerbrochen sind, Kinder, die ohne Umgang mit Vater oder Mutter quasi als Waisen oder Halbweisen aufwachsen müssen, Mütter, die über Jahre in der Ungewissheit belassen wurden, ob die nächste Bombe im Irak, Syrien oder Afghanistan nicht doch den Ehemann oder die dort verbliebenen Kinder trifft, unbegleitete Jugendliche ohne den Rückhalt eines stabilen Familiensystems - sie alle tun sich unendlich viel schwerer damit, sich aktiv in Deutschland zu integrieren (statt nur "anwesend" zu sein).

Es darf nicht sein, dass unzählige dieser Menschen sehenden Auges und mit Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie in eine integrationspolitische Katastrophe gestürzt werden. Die nun geplanten Änderungen beim Familiennachzug sind in keiner Weise akzeptabel und wir ersuchen Sie, dies deutlich zu artikulieren und ggf. Ihre Zustimmung zu den geplanten Koalitionsvereinbarungen zu verweigern!

Es darf auch nicht sein, dass hier lebende und sich integrierende Geflüchtete mit dem Druckmittel der Verunmöglichung eines Familiennachzugs dazu genötigt werden, "freiwillig" in Länder zurückzukehren in denen ihnen Verfolgung, Elend oder Tod drohen.

Dass bei der geplanten Abschaffung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte auch noch explizit mit dem "Kindeswohl" argumentiert wird ist an Zynismus nicht zu überbieten - nach der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder grundsätzlich das Recht auf eine Familie, auf elterliche Fürsorge und (!) ein sicheres Zuhause!

Als soziale und demokratische PolitikerInnen ist es

Ihre originäre Aufgabe, die international garantierten Rechte von besonders schutzbedürftigen Menschen in Deutschland zu wahren und durchzusetzen!

Viele Geflüchtete, die in den letzten zwei Jahren subsidiären Schutz erhielten haben sich darauf verlassen, dass für sie in Deutschland Rechtssicherheit besteht und dass die angekündigte Aussetzung des Familiennachzugs wie versprochen am 16.03.2018 aufgehoben wird.

Wir fordern Sie auf darauf hinzuwirken, dass die Abgeordneten der SPD im deutschen Bundestag der nun postulierten Verlängerung dieser Aussetzung bis zur späteren endgültigen Abschaffung des Familiennachzugs ihre Zustimmung verweigern!

"Gelingende Integration"

Die Erfahrung aus den vergangenen Jahrzehnten (!) zeigt, dass für eine nachhaltige Integration in die hiesige Gesellschaft und Arbeitswelt eine konkrete und dauerhafte Bleibeperspektive für die Betroffenen unabdingbar ist. Von den Betroffenen einerseits erhöhte (und ggf. sanktionsbewehrte) Anstrengungen beim Spracherwerb und bei der Beschäftigung zu verlangen und dies andererseits unter das Dogma zu stellen, dass dabei eine Verfestigung von Aufenthaltsrechten unbedingt zu vermeiden ist halten wir für einen Grundwiderspruch, den wir Sie bitten ebenfalls kritisch zu hinterfragen.

Es gibt - beginnend mit der Erwerbsmigration in der 2. Hälfte des letzten Jahrhunderts - unzählige warnende Beispiele dafür, wie die nachhaltige Integration von nach Deutschland zugewanderten Menschen teils über Generationen dadurch verunmöglicht wird, dass diese sich auch nach teils jahrzehntelangem Aufenthalt noch immer von 3-Monatsduldung zu 3-Monatsduldung hangeln müssen, und dadurch auch nach langjährigem Aufenthalt in Deutschland immer noch jederzeit von Ausweisung und Abschiebung bedroht sind.

Wir bitten Sie, diese jahrzehntelangen Fehlentwicklungen zur Kenntnis zu nehmen und sich dafür einzusetzen, für alle nach Deutschland geflüchteten Menschen nachhaltige Integrations- und Bleibechancen zu schaffen!

Das Ziel muss hierbei sein, möglichst viele Menschen

möglichst schnell in einen sicheren Aufenthaltsstatus zu bringen, damit diese schnell auf eigenen Füßen zu stehen kommen und es ihnen ermöglicht wird, eigenverantwortlich und -finanziert ein Leben in Freiheit und Sicherheit führen zu können. Integration kann nicht gelingen, wenn die zur Integration aufgeforderten Menschen gleichzeitig langfristig in einer rechtlich absolut unsicheren Lage belassen werden!

Integration muss zum frühestmöglichen Zeitpunkt beginnen. Dazu gehört auch, dass die Uhr nicht wieder ins asylpolitische Mittelalter zurückgedreht wird, indem Asylsuchende potentiell über lange Zeit wieder lediglich Sachleistungen beziehen sollen.

Aus gutem Grund wurde schon vor geraumer Zeit erkannt, dass es der Integration in höchstem Maße hinderlich ist, wenn die dazu aufgeforderten Menschen dauerhaft in entmündigenden und entwürdigenden Lebensumständen belassen werden. Für eine gelingende Integration ist die (auch finanzielle) Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Deutschland unabdingbar - und zwar so schnell wie möglich nach der Ankunft!

"Effizientere Verfahren"

Die in den Sondierungsergebnissen postulierte Einrichtung von zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (euphemistisch als "Anker" bezeichnet) halten wir für menschenrechtswidrig und grundsätzlich mit der Menschenwürde nicht vereinbar. Wir bitten Sie, sehr genau zu hinterfragen wie die konkrete Ausgestaltung dieser Sammelager aussehen soll, in denen Geflüchtete nach ihrer Ankunft in Deutschland auf unbestimmte Zeit "konzentriert" werden sollen.

Völlig unberücksichtigt bleibt an diesem Punkt, dass Asylsuchende das Recht auf ein vollständiges rechtsstaatliches Verfahren haben, das sich - wie die Erfahrung zeigt - in vielen Einzelfällen teils über Jahre hinziehen kann. Im Zuge dieser teils langen und komplizierten rechtsstaatlichen Verfahren kommt es in vielen Fällen dazu, dass sich die "Bleibeprognose" der Betroffenen aufgrund von Verwaltungs- oder Gerichtsentscheidungen, teils mehrfach, ändert.

Wollen Sie wirklich geflüchtete Menschen über Jahre in gefängnisähnlichen Einrichtungen belassen, die

strukturell von vornherein auf die Verhinderung jeglicher Integrationsmöglichkeiten für die Insassen ausgelegt sind?

Die Erfahrung aus anderen EU-Ländern, in denen diese Art Lager leider bereits Realität sind, zeigt, dass für die Insassen der Zugang zu Integrationsangeboten, zu rechtlicher Beratung, zu medizinischer und psychologischer Betreuung dauerhaft erschwert und verunmöglicht wird - mit fatalen Langzeitfolgen für einen in vielen Fällen später doch möglichen längerfristigen Aufenthalt und die Integration der Betroffenen in Deutschland.

Auch vor dem Hintergrund Ihrer historischen Verantwortung als SozialdemokratInnen möchten wir Sie deshalb dringend darum bitten, Ihre Zustimmung zu den Plänen für Sammellager, in denen Menschen auf undefinierte Zeit eingesperrt werden sollen, zu verweigern.

Es darf nicht sein, dass die humanitären Mindeststandards der deutschen Flüchtlingspolitik zukünftig allein durch eine von der Angst vor einem Machtverlust getriebenen Regionalpartei wie der CSU bestimmt werden, die sich in ihrer Wahrnehmung von (nicht-deutschen) Menschen und Menschenrechten zunehmend an Proto-Faschisten wie Viktor Orban und den nationalistischen Menschenrechtsfeinden von der AfD orientiert!

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass dem ehrenamtlichen und freiwilligen direkten Engagement eine übergeordnete Bedeutung bei der Integration geflüchteter Menschen zukommt. Dieses Engagement funktioniert nahezu ausschließlich auf der kommunalen Ebene.

Durch die Konzentration in Sammellagern würde künftig aktiv von Staats wegen verhindert, dass Geflüchtete möglichst frühzeitig in kommunalen Strukturen ankommen und sich dort andocken können. Dies halten wir für einen fatalen Schritt in die falsche integrationspolitische Richtung und fordern Sie auf, stattdessen auf kreative Lösungen zu drängen, wie die ehren- und hauptamtliche Integrationsarbeit vor Ort in den Kommunen noch mehr als bisher von Ländern und Bund unterstützt werden kann!

Eine qualitative Verbesserung der Arbeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sehen wir, vor allem angesichts hunderttausender noch offener Verfahren vor den Verwaltungsgerichten, von

denen viele auf die schlechte Qualität der ursprünglich vom BAMF erstellten Asylbescheide zurückgehen, ebenfalls für dringend geboten.

Die zunehmend fachlich und juristisch schlechte Qualität der BAMF-Bescheide in den vergangenen Jahren ist - neben dem politischen Druck aus den CDU-geführten Innenministerien - zu einem signifikanten Teil auch darauf zurückzuführen, dass in der Vergangenheit versucht wurde, mittels externer Beratungsfirmen wie McKinsey diese Behörde nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten umzustrukturieren.

Der damit einhergehende größere Druck auf die MitarbeiterInnen des BAMF hat zu einem spürbaren Anstieg von qualitativ schlechten Bescheiden und in der Folge auch der anhängigen Klageverfahren gegen diese Bescheide geführt. Die davon betroffenen AntragstellerInnen werden hierdurch oft über Jahre in einer rechtlich unklaren und psychisch außerordentlich belastenden Situation belassen.

Bei der nun postulierten "Qualitätsoffensive" für das BAMF dürfen diese Fehler der Vergangenheit nicht erneut gemacht werden! Es ist die gesetzliche Aufgabe des BAMF, Asylanträge unter Zuziehung aller zugänglichen glaubwürdigen Quellen mit Hinblick auf eine Bleibemöglichkeit für den jeweiligen Antragsteller, unabhängig von parteipolitischen Vorgaben und vorurteilsfrei u.a. auf Grundlage des Rechts auf Asyl, der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention zu prüfen.

Im Zweifel muss dabei zukünftig auch wieder vom Vorhandensein flüchtlingsrelevanter Anknüpfungspunkte zugunsten des Antragstellers ausgegangen werden. Es darf keine weitere Beweislastumkehr zu Ungunsten oftmals unter dramatischen Umständen nach Deutschland gelangten Menschen geben.

Ein irgendwie gearteter Maßstab für ein "effizientes" und "gutes" Arbeiten des BAMF darf niemals eine möglichst hohe Zahl an abgelehnten Asylanträgen sein, wie es in der Vergangenheit leider zunehmend der Fall war!

Wir bitten Sie, diesen Punkt in den nun stattfindenden Diskussionen innerhalb der SPD sehr kritisch zu hinterfragen, und Ihre Zustimmung zu einer Koalitionsvereinbarung zu verweigern, wenn ersichtlich wird dass das BAMF noch weiter zu einer Asylrechtsverhinderungsbehörde umgebaut werden soll!

Im **Bündnis Bleiberecht Tübingen** haben sich einzelne Menschen und verschiedenen Gruppen aus der Region zusammengeschlossen, die gemeinsam ein Bleiberecht für alle Geflüchteten fordern und die sich gemeinsam gegen zwangsweise Abschiebungen in Krieg, Terror und Elend einsetzen.

Das Bündnis Bleiberecht versteht sich ausdrücklich als offener Zusammenschluss ohne feste Einbindung in bestehende Strukturen, Parteien und Gruppierungen.

Uns alle verbindet die Erfahrung, dass Politiker*innen und Verantwortliche zunehmend keine Rücksicht mehr auf die individuellen Schicksale dieser geflüchteten Menschen nehmen, sondern dass es nur noch darum geht, Kennziffern und Abschiebe-Sollzahlen zu erfüllen oder eine möglichst hohe Abschiebequote zum Aushängeschild einer vermeintlich „erfolgreichen“ Flüchtlingspolitik zu machen.

Wir alle haben beschlossen, dass diese zynische Politik auf Kosten der Menschenrechte von Geflüchteten nicht weiterhin in unserem Namen und auch nicht länger mit unserem billigen Schweigen geschehen darf.

Deshalb engagieren wir uns z.B. aktiv, lautstark und bunt gegen die Aufenthaltsbeendigungspolitik der baden-württembergischen Landesregierung und rufen immer und überall zu konkreter, praktischer Solidarität für alle von Zwangsrückführung und Illegalisierung bedrohten Mitmenschen auf.

Uns alle eint die Grundüberzeugung, dass keines Menschen Menschenrechte verhandelbar sind und dass keines Menschen Menschenrechte auf dem Altar des Populismus und einer deutschen oder europäischen Abschottungspolitik geopfert werden dürfen.